

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. L001 "Chancen der digitalen Gesellschaft"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 80 - Antragsteller: Gesine Meißner (LV Niedersachsen)			
1	Füge ein nach ortsunabhängig	und mit eigenem Lerntempo	Übernommen
Zeile 162 bis 162 - Antragsteller: Helmer Krane (LV Schleswig-Holstein)			
2	Ersetzung viele Bildungsforscher	wir	in veränderter Form übernommen („...deshalb plädieren wir, wie viele Bildungsforscher...“)
Zeile 210 - Antragsteller: Gesine Meißner (LV Niedersachsen)			
3	Füge ein nach sein.	Das verbessert auch die Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf.	Übernommen in Zeile 208 nach "...Karrierewege..."
Zeile 388 - Antragsteller: Gesine Meißner (LV Niedersachsen)			
4	Füge ein nach leben	können	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 407 - Antragsteller: Gesine Meißner (LV Niedersachsen)			
5	Füge ein nach sind.	Gerade für ältere Menschen muss auch die Kommunikation auf herkömmliche Weise möglich sein.	Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. S001 "Änderung der Bundessatzung"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 2 bis 4 - Antragsteller: Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Nicola Beer (LV Hessen) und Dr. Hermann Otto Solms (LV Hessen) für den Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei			
1	Ersetzung von "1. § 10 Abs. 1 Satz 3" ... bis "der Partei abgetreten."	<p>1a. § 10 Abs. 1 Satz 1 FiBeiO:</p> <p>Streiche: ...Erhebung und ...</p> <p>1b. § 10 Abs. 1 Satz 3 FiBeiO erhält folgende Fassung:</p> <p>Die Erhebung der Beiträge wird auf den zentralen Mitgliederservice der Partei übertragen.</p>	Kein Bericht der Antragskommission
Zeile 2 bis 4 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			
2	Ersetzung von "1. § 10 Abs. 1 Satz 3" ... bis "der Partei abgetreten."	<p>in § 10 Abs. 1 FiBeiO wird als neuer Satz 3 eingefügt:</p> <p>In den vom Liberalen Partei-Service erstellten Rechenschaftsberichten für die Gliederungen mit Beitragshoheit wird der Prozentsatz der Mitglieder angegeben, deren Mitgliedsbeitrag in dem betreffenden Jahr in der vereinbarten Höhe vollständig gezahlt wurde.</p>	Kein Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 4 - Antragsteller: Henner Schmidt für den LV Berlin			
3	Füge ein nach abgetreten.	,sofern der jeweils zuständige Vorstand dem nicht durch Beschluss widerspricht.	Kein Bericht der Antragskommission
Zeile 5 bis 27 - Antragsteller: Gunda Reichenbach (LV Niedersachsen)			
4	Streichung von "2. § 10 Abs. 2 FiBeiO: Ersetze:" ... bis "Beitragshoheit ausüben, ... "		Kein Bericht der Antragskommission
Zeile 5 bis 7 - Antragsteller: Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Nicola Beer (LV Hessen) und Dr. Hermann Otto Solms (LV Hessen) für den Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei			
5	Ersetzung von "2. § 10 Abs. 2 FiBeiO:Ersetze:" ... bis "Beitragshoheit ausübenden ..."	2. § 10 Abs. 2 FiBeiO: Ersetze: ... die Mitgliedsbeiträge erhebenden ... Durch: ... die Beitragshoheit innehabenden ...	Kein Bericht der Antragskommission
Zeile 19 bis 21 - Antragsteller: Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Nicola Beer (LV Hessen) und Dr. Hermann Otto Solms (LV Hessen) für den Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei			
6	Ersetzung von "4. § 10 Abs. 4 FiBeiO:Ersetze:" ... bis "ausübenden Verbandes ..."	- 4. § 10 Abs. 4 FiBeiO: Ersetze: ... des erhebenden Verbandes ...	Kein Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Durch: ...des die Beitragshoheit innehabenden Verbandes ...	
Zeile 25 bis 27 - Antragsteller: Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Nicola Beer (LV Hessen) und Dr. Hermann Otto Solms (LV Hessen) für den Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei			
7	Ersetzung von "6. § 8 Abs. 2 Satz 6 FiBeiO:Ersetze:" ... bis "Beitragshoheit ausüben, ... "	<p>- 6. § 8 Abs. 2 Satz 6 FiBeiO:</p> <p>Ersetze: ... beitrags erhebende Gliederungen ...</p> <p>Durch: ... die Gliederungen, die die Beitragshoheit innehaben, ...</p>	Kein Bericht der Antragskommission

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. S002 "Änderung der Bundessatzung"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 4 - Antragsteller: Henner Schmidt für den LV Berlin			
1	Füge ein nach acht Wochen	, nachdem der Aufnahmeantrag bei ihm eingegangen ist,	Kein Bericht der Antragskommission
Zeile 4 - Antragsteller: Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Nicola Beer (LV Hessen) und Dr. Hermann Otto Solms (LV Hessen) für den Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei			
2	Füge ein nach acht Wochen	nach Zugang des Antrags bei ihm	Kein Bericht der Antragskommission
Zeile 10 bis 10 - Antragsteller: Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Nicola Beer (LV Hessen) und Dr. Hermann Otto Solms (LV Hessen) für den Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei			
3	Ersetzung der Aufnahme	dem Aufnahmeanschluss	Kein Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 10 - Antragsteller: Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Nicola Beer (LV Hessen) und Dr. Hermann Otto Solms (LV Hessen) für den Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei			
4	Füge ein nach erhoben werden.	Während dieses Zeitraums ist die Mitgliedschaft schwebend unwirksam.	Kein Bericht der Antragskommission
Zeile 12 bis 17 - Antragsteller: Christian Lindner (LV Nordrhein-Westfalen), Nicola Beer (LV Hessen) und Dr. Hermann Otto Solms (LV Hessen) für den Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei			
5	Ersetzung von "Das aufzunehmende Mitglied" ... bis "Aufnahmeverfahren nicht teilnehmen. "	Während des Aufnahmeverfahrens hat der Bewerber als „Mitglied im Aufnahmeverfahren“ die Rechte nach § 13 Abs. 1 Satz 1.	Kein Bericht der Antragskommission

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. S004 "Änderung der Bundessatzung"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 2 bis 7 - Antragsteller: Heidi Knauthe für den LV Berlin			
1	Ersetzung von "(1) Die Schatzmeister" ... bis "Rechenschaftsberichte erforderlich ist."	(1) Die Schatzmeister der Bundespartei und der Landesverbände sind für den Inhalt der Rechenschaftsberichte nachgeordneter Gebietsverbände verantwortlich. In diesem Rahmen sind sie berechtigt und bevollmächtigt, alle Auskunftsansprüche nachgeordneter Gebietsverbände gegen Dritte gerichtlich und außergerichtlich geltend zu machen, soweit dies zur Erstellung der Rechenschaftsberichte erforderlich ist.	Kein Bericht der Antragskommission

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 104 "Ernährungsbildung stärken"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 16 - Antragsteller: Gesine Meißner (LV Niedersachsen)			
1	Füge ein nach behaupten.	<ul style="list-style-type: none"> Ernährungsbildung muss bereits im Kindergartenalter beginnen und in der Schule fortgesetzt werden. Erzieher/innen und Lehrkräfte brauchen entsprechende Qualifizierung. 	Empfehlung Übernahme sonst Abstimmung ohne Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 300 "Für eine moderne Altersvorsorge"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 242 - Antragsteller: Nora Jordan-Weinberg (LV Baden-Württemberg) für die Bundesvereinigung Liberale Senioren			
1	Füge ein nach Sozialabgaben	(z. B. bei Kapitalauszahlung von aus Nettoeinkommen finanzierten Direktversicherungen)	Übernommen
Zeile 243 - Antragsteller: Nora Jordan-Weinberg (LV Baden-Württemberg) für die Bundesvereinigung Liberale Senioren			
2	Füge ein nach abschaffen.	<ul style="list-style-type: none"> Vertrauensschutz, so wie er 1993 unter Mitwirkung der FDP-Bundestagsfraktion für freiwillig versicherte Rentnerinnen und Rentner verankert wurde, ist ein elementarer Bestandteil einer verantwortungsbewussten Gesetzgebung. 	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 250 - Antragsteller: Markus Herbrand (LV Nordrhein-Westfalen)			
3	Füge ein nach neuer Absatz ab Zeile 250	Auch die Möglichkeiten, über Pensionsrückstellungen betriebliche Altersversorgungen aufzubauen, müssen wieder verbessert werden und den tatsächlichen Gegebenheiten in der Niedrigzinsphase angepasst werden. Insbesondere steuerliche Regelungen bedürfen der Anpassung, damit nicht Steuern auf Gewinne bezahlt werden müssen, die wegen der Notwendigkeit höherer Zuführungsbeträge zur Bewertung dieser Rückstellungen in der Handelsbilanz, nicht	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		anfallen. Wir werden uns für eine angemessene steuerliche Handhabung einsetzen, die diesen Gegensatz auflöst.	
Zeile 280 bis 280 - Antragsteller: Markus Herbrand (LV Nordrhein-Westfalen)			
4	Streichung in jedem Fall		Abstimmung ohne Beratung
Zeile 281 - Antragsteller: Nora Jordan-Weinberg (LV Baden-Württemberg) für die Bundesvereinigung Liberale Senioren			
5	Füge ein nach lohnt.	und er absolutem Vertrauensschutz unterliegt.	Übernommen
Zeile 282 bis 286 - Antragsteller: Markus Herbrand (LV Nordrhein-Westfalen)			
6	Ersetzung von "· Es ist ein Gebot der" ... bis "Versorgungswerken sind."	Die sog. Riester Rente bedarf einer ergebnisoffenen systematischen Überprüfung. Erst wenn danach - eventuell auch nach Anpassungen im Produkt - deutlich ist, dass diese ein Baustein der Altersversorgung von Menschen v.a. mit geringeren Einkommen darstellen wird, soll der Kreis der Begünstigten auch auf Menschen ausgeweitet werden, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind.	Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 302 "Pflege – liberale Antworten auf eine demographische Herausforderung"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 12 - Antragsteller: Gesine Meißner (LV Niedersachsen)			
1	Füge ein nach stärken	<ul style="list-style-type: none"> Eine Neubewertung der Bezahlung unter Berücksichtigung von physischer und psychischer Belastung und zu tragender Verantwortung ist dafür anzustreben. 	Abstimmung mit Beratung
Zeile 18 - Antragsteller: Nora Jordan-Weinberg (LV Baden-Württemberg) für die Bundesvereinigung Liberale Senioren			
2	Füge ein nach IT	<ul style="list-style-type: none"> Kein bürokratisches Kammersystem für die Pflegeberufe, sondern zur Qualitätssicherung die Einführung eines Ombudsrats auf Länderebene. 	Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 304 "Müsste Hätte Könnte Sollte MACHEN!"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 17 bis 17 - Antragsteller: Jan-Christoph Oetjen (LV Niedersachsen) und Christian Dürr (LV Niedersachsen)			
1	Ersetzung von	zu	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 127 - Antragsteller: Jan-Christoph Oetjen (LV Niedersachsen) und Christian Dürr (LV Niedersachsen)			
2	Füge ein nach Heimatland.	Wenn in einem Heimatland wieder sicheres Leben möglich ist, endet der Vorübergehende Humanitäre Schutz. Viele Flüchtlinge wollen dann aus eigenem Antrieb in die Heimat zurückkehren. Dabei wollen wir sie unterstützen.	Empfehlung der Antragskommission: Übernahme durch Antragsteller sonst Abstimmung ohne Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 305 "Übernahme von Verantwortung als liberaler Ansatz zur Integration - "Refugee Empowerment""

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 18 - Antragsteller: Gesine Meißner (LV Niedersachsen)			
1	Füge ein nach Unglaubens.	Gleich bei Ankunft in Deutschland müssen die Flüchtlinge über unsere Werte und Erwartungen informiert werden, beispielsweise durch ein Faltblatt in ihrer Sprache.	Empfehlung der Antragskommission: Übernahme durch Antragsteller sonst Abstimmung ohne Beratung
Zeile 154 bis 154 - Antragsteller: Dr. Guido Fischer (LV Nordrhein-Westfalen)			
2	Streichung bei Chirurgen auf B1		Empfehlung der Antragskommission: Übernahme durch Antragsteller sonst Abstimmung ohne Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 307 "Bargeld ist Freiheit"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 39 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesverband Junge Liberale			
1	Füge ein nach und schützen	Welches Zahlungsverfahren akzeptiert wird ist keine Entscheidung des Staates oder der Politik. Deswegen soll die Pflicht, Bargeld anzunehmen schrittweise abgesenkt werden. Als Resultat soll es letztendlich jedem Akteur selbst überlassen bleiben, ob und bis zu welchen Mengen er Bargeld als Zahlungsverfahren akzeptiert.	Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 308 "Bargeldeinschränkung und Bargeldverbot"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 12 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesverband Junge Liberale			
1	Füge ein nach eingeschränkt werden.	Welches Zahlungsverfahren akzeptiert wird ist keine Entscheidung des Staates oder der Politik. Deswegen soll die Pflicht, Bargeld anzunehmen schrittweise abgesenkt werden. Als Resultat soll es letztendlich jedem Akteur selbst überlassen bleiben, ob und bis zu welchen Mengen er Bargeld als Zahlungsverfahren akzeptiert.	Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 309 "Kein Bargeldlimit!"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 4 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesverband Junge Liberale			
1	Füge ein nach lehnt.	Welches Zahlungsverfahren akzeptiert wird ist keine Entscheidung des Staates oder der Politik. Deswegen soll die Pflicht, Bargeld anzunehmen schrittweise abgesenkt werden. Als Resultat soll es letztendlich jedem Akteur selbst überlassen bleiben, ob und bis zu welchen Mengen er Bargeld als Zahlungsverfahren akzeptiert.	Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 310 "Reform des Sexualstrafrechts"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 3 bis 7 - Antragsteller: Helmer Krane (LV Schleswig-Holstein)			
1	Ersetzung von "dass die Bundesrepublik" ... bis "entsprechend zu ergänzen."	der § 177 Abs. 1 Nr. 2 StGB nicht mehr nur Drohungen mit einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben, sondern jede Drohung mit einem empfindlichen Übel erfasst. Hingegen eine Reform des Sexualstrafrechts nach dem „Nein heißt Nein“-Konzept, wonach jede sexuelle Handlung gegen oder ohne den Willen der anderen Person strafbar wäre, lehnen wir ab. Eine solche Regelung, die alleine auf den inneren Willen abstellt, führte zu gravierenden Beweisproblemen. Das würde einseitig zu Lasten des vermeintlichen Täters gehen.	Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 511 "Grenze zur Sofortabsetzung für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro anheben"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 1 bis 3 - Antragsteller: Gesine Meißner (LV Niedersachsen) und Christian Grascha (LV Niedersachsen)			
1	Ersetzung von "Die Grenze für GWGs soll" ... bis "Abschreibung eingeführt werden."	<p>Folgende im Einkommenssteuergesetz geregelten Pauschalen und Freibeträge sind dem heutigen inflationsbereinigten Wert anzupassen: Häusliches Arbeitszimmer (§ 4 Abs. 5 Nr. 6 Buchstabe b EStG), Geringwertige Wirtschaftsgüter (§ 6 Abs. 2 und 2 a EStG), Werbungskostenpauschbetrag bei sonstigen Einkünften, z.B. Renten (§ 9 a S. 1 Nr. 3 EStG) und der Behindertenpauschbetrag (§ 33 b Abs. 3 EStG). Dies entspricht einer Anhebung für das häusliche Arbeitszimmer auf 1.662 €, für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.594 €, für den Werbungskostenbetrag bei sonstigen Einkünften, wie z.B. Renten, auf 478 €, und für den Behindertenpauschbetrag auf 815 – 9.374 €.</p> <p>Für Investitionen über 1.594 € wird bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern neben der Regelabschreibung wieder als Wahlrecht die degressive Abschreibung eingeführt.</p>	Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 610 "Fünf-Punkte-Sofortprogramm für einen zeitgemäßen öffentlich-rechtlichen Rundfunk"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 24 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesverband Junge Liberale			
1	Füge ein nach zu beschränken.	Zudem müssen seine Strukturen erheblich entschlackt und Doppelstrukturen vermieden werden: Dies wollen wir erreichen, indem der öffentliche Rundfunk nur noch aus den an Information ausgerichteten Angeboten Phoenix, Deutschlandradio und Deutsche Welle und den zwischenstaatlichen Angeboten arte und 3sat sowie deren nachgeordnete Institutionen bestehen soll. Alle anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind dem Wettbewerb mit privaten Anbietern gewachsen und sollen privatisiert werden.	Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016**Antrag Nr. 700 "Ja zum Pariser Abkommen – aber liberal"****Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission**

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 31 bis 31 - Antragsteller: Gesine Meißner (LV Niedersachsen)			
1	Ersetzung Blauen Wachstums	smarten Wachstums	Abstimmung ohne Beratung